

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 88. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen, hat der Bezugs-
nehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,85 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl., amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großnaundorf, Bretnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedrichsdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Biehrenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. F. F. Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 81

Sonnabend, den 5. April 1930

82. Jahrgang

Das Wichtigste

Auf dem Bahnhof von Tessonnières unweit Toulouse ereignete sich ein
schwerer Zugzusammenstoß, bei dem 28 Personen verletzt wurden.
Hier der Verletzten ringen mit dem Tode. Ein Zug überfuhr ein
Haltsignal.

Der französische Ministerpräsident Lardieu hat am Freitag auf Anraten
des Arztes noch das Zimmer geblieben, wird aber an der heutigen
Eröffnung der Senatsausprache über die Haager Abkommen wieder
teilnehmen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

Der Ernst des Lebens

„Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das
Leben.“ Dieser alte Satz gewinnt jetzt für die Tausende die
erste praktische Bedeutung, die von den Vätern des Wissens
an die Jünger des Wirkens treten. Was bisher nur mehr
oder weniger „graue Theorie“ war, soll eingelebter werden
in den Fluß der Kräfte und Säfte des öffentlichen Gesche-
hens. Die Probe auf das große Exempel beginnt. Dieses
große Exempel aber ist nichts anderes, als die Persönlichkeit
selbst, die durch ihre Leistung ihre Daseinsberechtigung
beweisen und erhärten soll. Zur Erbringung dieses Nachweises
wollte die Schule lebendig das geistige Rüstzeug an Hand
geben. Damit war ihre Aufgabe erfüllt.

Nicht jeder, der ein Musterschüler war, wird auch im
Leben sich in die vorderste Linie zu stellen vermögen. Es
gibt genug Beispiele dafür, daß wissenschaftliche Leuchten
gegenüber den nüchternen Erfordernissen des Alltags ihr
Licht unter dem Scheffel halten mußten. Die Väter der
größten Gedanken waren oft kleine Kinder, wenn die rauhe
Wirklichkeit sie anging. Gerade unsere Zeit der Mechanisie-
rung und der Rationalisierung des Denkens und Handelns
wird dem Tüchtigen ein viel willigerer und bereiterer
Bundesgenosse als früher sein. Womit nicht gesagt sein soll,
daß die Ellenbogenmoral ein erstrebenswertes Ziel bedeutet.

Die Formen, unter denen der Ernst des Lebens den
Einzelnen zwingt aus sich herauszugehen, sein Können zu
zeigen, sind nicht immer die gleichen. Sie richten sich nach
der Aufgabe, die er sich selbst vorgenommen hat oder die
ihm durch den erwählten Weg vorgelegt wird. Mancher
Mensch wächst „mit seinen höheren Zwecken“ bisweilen sogar
über sich selbst hinaus, und bei vielen wird sich der Horizont
zeitweilig nicht über die nächste Kirchturmspitze weiten Gleich,
ob so oder so, jeder hat den Platz voll auszufüllen, auf
dem er steht. Nur dem, der sein Bestes gibt, wird das
Leben den verdienten Lohn wiedergeben. Das Leben bleibt
ein ewiger Kampf, und „setzt ihr nicht (auch unblutig) das
Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein!“

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst)
wird am Sonntag, den 6. April 1930 von Herrn Dr. med.
Biertel versehen.

Pulsnitz. (Konzert Arno Heydrich.) Wir
machen an dieser Stelle nochmals auf das am Montag, den
7. April stattfindende Konzert Arno Heydrich aufmerksam.

Pulsnitz. (Freiwillige Sanitätskolonne vom
Roten Kreuz.) Am 31. März hielt die Sanitätskolonne ihre
diesjährige Hauptversammlung im Ratkeller ab. Aus dem 30. Jahres-
bericht, welcher vom Schriftführer Kamerad Kretschmer vorgetragen wurde,
ist folgendes zu entnehmen: Die Kolonne besteht z. Zt. aus 44 aktiven
Mitgliedern und 8 Kolonnenhelferinnen, ferner zählt die Kolonne 130
unterstützende passive Mitglieder. Die Geschäfte der Kolonne wurden
in 1 Generalversammlung, 12 Jahreshauptversammlungen und 2 Kolonnenver-
sammlungen erledigt. Übungen wurden 12 abgehalten, und zwar 8 Ver-
bände- und Geländebildungen, 1 Alarmübung, 1 Übungsmarsch nach
Gersdorf mit Zusammenreffen der Schwesterkolonne Ramenz, 1 Unter-
richts- und Vortragabend und 1 Bezirksübung am Bahnhof. Sämtliche
Übungen erfreuten sich eines sehr regen Besuches, wozu vor allem die
überaus lehrreichen Vorträge und Unterredungen des bewährten Herrn
Vorstandes und Kolonnenarztes Dr. med. Schöne beitrugen und an-
regten. Ihm gebührt auch an dieser Stelle herzlichster Dank. Am
20. Oktober 1929 konnte die Kolonne ihr 30. Stiftungsfest feiern; bei
dieser Gelegenheit wurde Herr Dr. med. Schöne das sächsische Ehren-
zeichen III. Klasse und Kamerad Georg Schwiebus das sächsische Ehren-
zeichen II. Klasse für 25jährige treue Dienste durch Herrn Geheimrat
von Bose überreicht. Sanitätsdienst wurde bei allen sportlichen und
festlichen Veranstaltungen geleistet. Der Dienst wurde regelrecht im
Stadtbad Pulsnitz, im Volksbad Pulsnitz N. S., bei Fuß- und Hand-

Am Mittwoch Beratung der Steuervorlage im Reichstag

Auch das Agrarprogramm soll schon in nächster Woche vorgelegt werden

Das englisch-italienische Verhältnis gestört?

Der Ältestenrat des Reichstages hat be-
schlossen, daß am Sonnabend und Montag keine Plenar-
sitzungen abgehalten werden sollen. Die Beratung der
Steuervorlage im Reichstagsplenum soll erst
am Mittwoch beginnen. Außerdem soll in der nächsten
Woche noch die Agrarvorlage in Angriff genommen
werden.

Der Reichsfinanzminister über die Steuerpläne der Regierung.

Das Finanzprogramm im Steuerausschuß.
Der Steuerausschuß des Reichstages begann am Freitag
unter dem Vorsitz des Abg. Oberhofen (Dnatl.) mit
der Beratung der Deckungsvorlagen, zu denen der Benzin-
und Benzolölzoll gehört sowie die Änderung des Tabak- und
Zuckersteuergesetzes, die Mineralwassersteuer, die Änderung
der Biersteuer, die Erhebung der Aufbringungsumlage für
1930 und die Verordnung über den Kraftfahrzeugsteuer-
Zuschlag.

Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer

eröffnete die allgemeine Aussprache mit dem Hinweis, daß die
Deckungsvorlagen die Aufgabe hätten, das Defizit des Etats 1930
auszufüllen. Dieses Defizit war berechnet auf etwa 292 Mill. M.
Es hat sich aber ergeben, daß es etwas höher sein wird. Durch
Einnahmeausfälle und Mehrausgaben wird sich

Das Defizit mindestens auf 304 Mill. Mark,

möglicherweise auf 315 Mill. Mark erhöhen. Das hängt auch
von der Gestaltung des Etats für 1930 ab. Die Steuerer-
höhung um 75 Prozent wird nach der Schätzung für das
erste Jahr, wo mit einem Konjunkturrückgang gerechnet wird, 240
Millionen bringen, von denen 150 Mill. an das Reich und 90 Mil-
lionen an die Länder fallen. Der erhöhte Kaffee- und See-
zoll bringt 55 Mill., der Benzin- und Benzolölzoll
65 Millionen, wovon 25 Millionen an das Reich, 40 Millionen an
die Länder fließen sollen. Da gleichzeitig der Zuschlag der
Kraftfahrzeugsteuer von 15 auf 10 Prozent herabgesetzt
werden soll, würden auf die Länder 10 bis 11 Millionen weniger
fallen, so daß die 40 Millionen tatsächlich eine Ueberweisung von
30 Millionen an die Länder bedeuten. Dazu kommt für Benzin
und Benzol aus der inländischen Produktion eine Steuer, die auf
4,80 M. bemessen wird. Die Gesetzentwürfe über die Verkürzung
der Fälligkeitstermine bei der Tabak- und Zuckersteuer
bei gleichzeitiger Aufhebung der Tabak- und Zuckersteuerverläger
sollen eine Einnahme von 30 Millionen bringen. Aus der In-
dustriebelastung sollen dem Etat selbst 50 Millionen zu-
fließen, während weitere 50 Millionen zu einem Notfonds für
die Arbeitslosenversicherung verwendet werden. Schließlich soll noch die Mineralwassersteuer 40 Mil-
lionen bringen.

Zusammen ergeben diese Vorlagen ein Aufkommen
von 326 Millionen.

Infolge des späteren Inkrafttretens der Gesetze durch die Neu-
bildung der Regierung tritt ein Ausfall von mindestens 22 Mil-
lionen ein. Für dieses Jahr stehen also 304 Mil-
lionen zur Verfügung, die dem oben angeführten Defizit
entsprechen. Die Regierung legt Wert darauf, daß auch das
Brandweinsteuergesetz möglichst bald verabschiedet wird.

In Vorbereitung ist ein Ermächtigungsgesetz,

das die Regierung ermächtigen soll, die Kapitalertragsteuer zu
einem möglichst frühen Termin aufzuheben und die Kapitalver-
kehrssteuer zu mildern, sobald der Zeitpunkt dazu gekommen ist.
Beides soll das Einfließen ausländischen Kapitals
erleichtern. Die Rentenanstaltsrenten der Land-
wirtschaft sind vom 1. April d. J. bereits aufgehoben. Not-
wendig ist die möglichst beschleunigte Verabschiedung der vor-
liegenden Gesetze. Bis Ende nächster Woche, also vor Beginn
der Osterpause, müssen die Deckungsvorlagen verabschiedet sein,
weil sonst die in der Sanierung begriffene Kassenlage wiederum
in erhebliche Unordnung geraten würde.

Auf die Frage nach den Zielen des Gesamtfinanzprogramms
kann ich auf die Regierungserklärung verweisen, in der mit abso-
luter Deutlichkeit gesagt worden ist, was das Gesamtprogramm
will. Die Regierungserklärung spricht klar und deutlich von der
Notwendigkeit der Kassenanierung, der Aus-
balancierung des Etats und der kommenden Entlastung der Wirt-
schaft durch Steuerentlastung. Die Reichsregierung bekennet sich zu
diesem Programm einer Finanzreform. Die Reichsregierung steht

zu dem letzten Kompromiß der früheren Regierungsparteien, in
dem auch die Frage der Arbeitslosenversicherung geregelt ist. Ich
bin nicht in der Lage, in diesem Augenblick, in dem sich neue Vor-
lagen in Vorbereitung befinden, Einzelheiten über das Ost-
programm und die Agrarvorlagen anzugeben; ich kann
nur erklären, daß durch diese neuen Vorschläge jedenfalls der
Etatsantrag nicht gestört wird. Wenn gefordert wird,
daß wir der Reichsbahn 100 bis 150 Millionen Beförderungs-
steuern im nächsten Jahre erlassen, so würde dadurch ein Ausfall
entstehen, der an den Steuerentlastungen fehlen müßte. Wir schien
vordringlicher die Senkung der Realsteuern und der Einkommen-
steuer. Wir stehen mit der Reichsbahn in Verhandlungen und
hoffen, daß es möglich sein wird, eine Tarifierhöhung
zu vermeiden.

Bei der Kapitalflucht müssen wir mit außerordentlich hohen
Betragen rechnen. Dieser Kapitalflucht, diesem Pessimismus ent-
gegengutreten und die schwere Belastung des Gewerbes zu mil-
dern, war das Ziel, das zu dem Gedanken führte, die direkten
Steuern abzubauen und dafür die indirekten zu erhöhen. Wenn
wir als die größte soziale Aufgabe der Gegenwart

die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit

betrachten, so wissen wir, daß das Problem nicht wurzelt in einer
möglichst gut ausgestatteten Arbeitslosenversicherung, sondern in
der Frage, wie man den jetzt erwerbslosen Arbeitern Arbeit und
Brot verschaffen kann. Man muß also sagen: ein Steuerprogramm,
das versucht, zunächst einmal die Kasse in Ordnung zu bringen,
das versucht, Ruhe in die Wirtschaft zu bringen und den Kredit
zu heben, muß sich auswirken zur Ueberwindung der Arbeitslosig-
keit durch Entlastung der Wirtschaft, die viel weniger dem Unter-
nehmer zugute kommt als der großen Masse, die dort Beschäftigung
findet. Eine Erhöhung der Einkommensteuer in
diesem Augenblick würde eine geradezu katastrophale Wirt-
schaft haben und alle die schlimmen Folgen des bisherigen Sy-
stems noch steigern.

Die Gefahr der Tarifierhöhung bei der Reichsbahn.

Berlin. Der Verkehrs-ausschuß des Reichsverbandes des
Deutschen Groß- und Ueberseehandels e. V. beschäftigte sich in
seiner letzten Sitzung unter anderem mit der Frage der Neu-
regelung des Stückgutverkehrs und der von der Reichsbahn
vorgeschlagenen Maßnahme zur Durchführung einer Tarif-
erhöhung sowie mit der Frage der Beziehungen zwischen
Eisenbahn und Kraftwagen. Er brachte seine Stellungnahme
zu diesen Fragen in einer Entschließung zum Ausdruck, in der
es unter anderem heißt: „In Anerkennung der wenig über-
sichtlichen Lage der Finanzen der Reichsbahn und im Hinblick
auf den in den letzten Monaten eingetretenen Verkehrsrück-
gang glaubt der Verkehrs-ausschuß des RDV. der Neuord-
nung der Stückguttarife und des Expressguttarifes zustimmen
zu sollen.“

Gegen jede Erhöhung der Eisenbahntarife im Güter- und
Personenverkehr

muß mit aller Schärfe Einspruch erhoben werden. Eine fi-
nanzielle Entlastung der Reichsbahn muß auf anderem Wege
herbeigeführt werden. Vor allem müssen Ersparnisse
durch innere Reformen, besonders auf personellem
Gebiet, angestrebt werden. Es muß weiter beschleunigt auf
eine organische Zusammenarbeit zwischen
Eisenbahn und Kraftwagen hingewirkt und eine
rationelle Zusammenarbeit zwischen Post und Eisenbahn er-
reicht werden. In der Frage des Wettbewerbs zwischen Eisen-
bahn und Kraftwagen erhebt der Verkehrs-ausschuß einmütig
Einspruch gegen die von der Reichsbahn vorgeschlagenen
Maßnahmen.“

Der Deutsche Beamtenbund gegen Beamtenabbau.

Der Gesamtverband des Deutschen Be-
amtenbundes hielt im Reichswirtschaftsrat in Berlin
eine Sitzung ab, an der auch eine Reihe von Parlamentariern
des Reichstages und des Preussischen Landtags teilnahmen.
Einstimmig nahm der Gesamtverband des Deutschen Be-
amtenbundes folgende Entschließung an: „Der Deutsche Be-
amtenbund hat zur Frage der Verwaltungs- und Ver-
fassungsreform wiederholt im positiven Sinne Stellung ge-
nommen und angeführt die schweren wirtschaftlichen Not
Deutschlands dabei auch die Notwendigkeit von Maßnah-
men zur Herabminderung der öffentlichen Ausgaben amer-
kennt. Es darf indessen nicht zu Maßnahmen gegriffen wer-
den, die eine offensichtliche Verletzung der verfassungsmäßigen
Rechte der Beamten darstellen.“

